



HESSISCHER LANDTAG

08. 09. 2023

INA

Dringlicher Berichts Antrag

Fraktion der SPD

Wahlkampfbesuch der Landesinnenminister von CDU/CSU im Polizeipräsidium Frankfurt

Der Hessische Innenminister Peter Beuth hat ein Treffen der Landesinnenminister der Union für einen PR-Termin im Polizeipräsidium Frankfurt kurz vor der Landtagswahl genutzt. Innenminister Beuth besuchte eine polizeiliche Übung der Frankfurter Polizei in Begleitung der weiteren Landesinnenminister von CDU/CSU und zahlreichen Kamerateams sowie Journalistinnen und Journalisten, um ebenso wie sein derzeit gleichfalls wahlkämpfender Amtskollege Joachim Herrmann seine Positionen zum Thema hessendata, Speicherung von IT-Adressen, Einwanderung und Katastrophenschutz medialen Widerhall zu verschaffen. Er nutzte den Termin im Polizeipräsidium weiterhin dafür, abermals die Politik der Bundesinnenministerin und SPD-Spitzenkandidatin Nancy Faeser zu kritisieren. Innenminister Beuth selbst hatte die Fraktionen mit einem Schreiben Anfang Mai aufgefordert, „einer guten Tradition in Hessen folgend“ „Zurückhaltung bei Besuchen von Polizeidienststellen vor anstehenden Wahlterminen“ walten zu lassen. Er wäre daher dankbar, wenn vom 26.08.2023 bis zum 08.10.2023 von Besuchen in Polizeidienststellen abgesehen würde.

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss (INA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wieso wurde extra für die Innenminister der unionsgeführten Länder eine Übung des Polizeipräsidiiums Frankfurt durchgeführt?
2. Wie viele Kräfte waren durch die extra für die Innenminister der unionsgeführten Länder durchgeführte Übung gebunden?
3. Welche Kosten hat diese Übung verursacht? Bitte aufschlüsseln nach Sach- und Personalkosten.
4. Plant Innenminister Beuth in den kommenden Wochen eine vergleichbare Veranstaltung mit den Innenministern der A-Länder? Falls nein: Warum nicht?
5. Wieso wurde die Übung des PP Frankfurt, die laut Berichterstattung insbesondere den Einsatz von hessendata demonstrieren sollte, gut vier Wochen vor der hessischen Landtagswahl medienwirksam durchgeführt, obwohl das Programm bereits fünf Jahre im Einsatz ist?
6. Wie ist das Schreiben von Innenminister Beuth zu rechtfertigen, in dem er die Fraktionen dazu auffordert, ab dem 26.08.2023 von Polizeibesuchen abzusehen, während er selbst gemeinsam mit seinen Kollegen der Union eine Polizeiübung nutzt, um deren Positionen medial zu verbreiten und die SPD-Spitzenkandidatin politisch anzugreifen?
7. Inwiefern wird durch die in der Vorbemerkung benannte Veranstaltung das Recht der politischen Parteien auf Chancengleichheit verletzt (vgl. BVerfGE 44, 125-197)?
8. Wie rechtfertigt die Landesregierung dieses Vorgehen mit Blick auf das bundesverfassungsgerichtlich vorgegebene Neutralitätsgebot im Vorfeld einer Wahl?

Wiesbaden, 8. September 2023

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph